

erscheint wöchentlich viermal:
Montag, Mittwoch, Freitag
und Samstag.

Abzugspreis vierteljährlich:
der Post abgeholt 1.65 M.,
die Post zugestellt 1.95 M.,
für Montabaur 1.35 M.,
bei unseren Agenturen
monatlich 50 Pf.

Preis-Beilagen:
jährlich zweimal: Festplan,
jährlich einmal: Wandkalender
mit Wetterprognosen.

Kreis-Blatt

für den Unterwesterwaldkreis.
(Amtliches Kreisblatt.)

Verantwortlich für die Schriftleitung: Georg Sauerborn, Montabaur. — Druck und Verlag von Georg Sauerborn, Montabaur.

Anzeigengebühr
für die 8-spalt. Harmoni-
zeile oder deren Raum 15 Pf.
Reklamen d. Doppelzeile 30 Pf.
Anzeigen finden im ganzen
Kreis wirksamste Verbreitung.
Beilagen nach Vereinbarung.
Bestellungen werden jederzeit
angewiesen.
Telegramm-Adresse:
Kreisblatt Montabaur.
Fernsprech-Anschluß Nr. 10.

Nr. 24.

Montabaur, Freitag, den 11. Februar 1916.

49. Jahrgang.

Erstes Blatt.

Amtlicher Teil.

Verordnung für die Regelung des Viehan- falls im Regierungsbezirk Wiesbaden.

§ 1.

Zur Regelung der Beschaffung, des Absatzes und der
Haltung von lebendem Vieh (Rindern, Schafen und Schwe-
nen) ist auf Grund der Verordnung des Bundesrats zur
Ergänzung der Bekanntmachung über die Errichtung von
Einsparungsstellen und die Versorgungsregelung vom
September 1915 (Reichs-Gesetzbl. Seite 807) vom
November 1915 (Reichs-Gesetzbl. Seite 728) für den
Regierungsbezirk Wiesbaden ein Verband
errichtet.

Der Verband führt den Namen: Viehhandels-
verband für den Regierungsbezirk Wiesbaden.
Der Verband ist rechtsfähig; er hat seinen Sitz in
Frankfurt a. M.

§ 2.

Der Verband überwacht und regelt die Beschaffung von
Vieh im Regierungsbezirk Wiesbaden und dessen Absatz.
Er ist mit Genehmigung des Regierungspräsidenten
Wiesbaden befugt, die zu zahlenden Preise festzusetzen
und Bestimmungen über die beim Weiterverkauf zulässigen
Einkaufspreise zu treffen.

Die Verbandsmitglieder sind an die Einhaltung der
festgesetzten Preise gebunden.

§ 3.

Dem Verbands gehören an:

1. alle Viehhändler, die im Regierungsbezirk Wies-
baden ihre gewerbliche Niederlassung und bereits
vor dem 1. Juli 1914 Viehhandel im Hauptberuf
betrieben haben. Falls sie binnen vier Wochen
vom Tage des Erlasses dieser Satzung dem Vor-
stande die Erklärung abgeben, daß sie auf die Aus-
übung des Gewerbebetriebes verzichten, erlischt die
Mitgliedschaft.
2. die landwirtschaftlichen Genossenschaften, die den
Handel oder den Kommissionshandel mit Vieh be-
treiben und ihren Sitz im Regierungsbezirk Wies-
baden haben.

Die vorgenannten Mitglieder haben sich unverzüglich,
spätestens binnen vier Wochen vom Tage des Erlasses dieser
Satzung beim Verbands zur Mitgliederliste anzumelden.

§ 4.

Auf Antrag können Mitglieder des Verbandes werden:

1. Fleischer, die im Regierungsbezirk Wiesbaden Vieh
vom Landwirt oder Mäster kaufen wollen,
2. Viehhändler und landwirtschaftliche Genossenschaften,
die, ohne im Regierungsbezirk Wiesbaden eine
gewerbliche Niederlassung oder ihren Sitz zu haben,
im Regierungsbezirk Wiesbaden Vieh kaufen oder
Kommissionshandel mit Vieh betreiben wollen,
3. Viehhändler, die im Verbandsbezirk ihre gewerb-
liche Niederlassung haben, jedoch vor dem 1. Juli
1914 Viehhandel im Hauptberuf nicht getrieben haben.
4. Landwirtschaftliche Vereinigungen (Zuchtgenossen-
schaften, Zuchtverbände), die ihren Sitz im
Verbandsbezirk haben.

§ 5.

Die Mitglieder des Verbandes erhalten vom Vorstands-
amt eine Ausweis-Karte. Genossenschaften erhalten für die von
ihnen zu bezeichnenden Personen Ausweis-Karten. Sofern
eine Genossenschaft mehrere Personen Ausweis-Karten
erhalten sollen, sind neben der Hauptausweis-Karte Neben-
karten auf die Person auszustellen. Händler, die Auf-
käufer beschäftigen, haben für diese auf den Namen
der Nebenkarten zu beantragen.

Die Ausweis-Karten sind von den Verbandsmitgliedern
jedem ihnen nach § 7 vorbehaltenen Viehhandels-
geschäft ohne Aufforderung vorzulegen.

§ 6.

Die Ausstellung von Ausweis-Karten ist zu versagen,
wenn Gründe vorliegen, die es rechtfertigen würden, dem
Mitgliede den Betrieb des Viehhandels auf Grund der
Verordnung vom 23. September 1915 zur Fernhaltung
unzuverlässiger Personen vom Handel (Reichs-Gesetzbl.
S. 603) zu untersagen.

Die Versagung kann bei der Entscheidung auf Anträge
Aufnahme als Mitglied nach § 4 auch dann erfolgen,
wenn wichtige Gründe gegen die Erteilung der Ausweis-
karte vorliegen.

Ueber die Erteilung entscheidet der Vorstand.

Der Vorstand kann einem Mitgliede die Ausweis-Karte
(§ 5) entziehen, wenn Gründe vorliegen, die es rechtfertigen
würden, dem Mitgliede den Betrieb des Vieh-
handels auf Grund der Verordnung vom 23. September
1915 zur Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom
Handel (Reichs-Gesetzbl. S. 603) zu untersagen, oder wenn
das Mitglied wiederholt den Bestimmungen dieser Satzung
oder den gemäß § 11 erlassenen Anordnungen des Vor-
standes zuwider handelt.

Mit der Entziehung der Ausweis-Karte verliert das
Mitglied das Recht zum Handel mit Vieh im Regierungs-
bezirk Wiesbaden.

Ueber Beschwerden wegen der Versagung oder Ent-
ziehung von Ausweis-Karten sowie über alle den Vieh-
handelsverband betreffenden Angelegenheiten entscheidet der
Regierungspräsident zu Wiesbaden endgültig.

Wird einem Mitgliede seine Ausweis-Karte entzogen,
so werden damit gleichzeitig die für seine Aufkäufer aus-
gestellten Nebenkarten ungültig.

Die Entziehung der Karte ist in den für die Bekannt-
machungen des Vorstandes bestimmten Blättern (§ 19)
auf Kosten des Mitgliedes zu veröffentlichen.

§ 7.

Der Ankauf von Vieh beim Landwirt oder Mäster
zur Schlachtung, der Ankauf von Vieh zum Weiterverkauf,
der kommissionsweise Handel mit Vieh ist im Regierungs-
bezirk Wiesbaden nur gestattet:

dem Verbands selbst mit Genehmigung des Re-
gierungspräsidenten, den Verbandsmitgliedern, die
von dem Vorstands eine Ausweis-Karte erhalten haben.

Der Handel mit Ferkeln und Läufer-Schweinen im Ge-
wicht unter 30 kg für das Stück fällt nicht unter die
Bestimmungen der Satzung.

Der nicht gewerbmäßige Ankauf von Vieh beim
Landwirt oder Mäster zur Schlachtung für den eigenen
Bedarf, soweit er sich im örtlichen Verkehr ohne Versand
auf der Eisenbahn abwickelt, bedingt nicht die Mitglied-
schaft zum Verband.

§ 8.

Ueber jedes nach § 7 dem Verbands und seinen Mit-
gliedern vorbehaltene Viehhandels-geschäft ist unter Kenn-
zeichnung der gehandelten Tiere vom Käufer eine vor-
schriftsmäßige Anzeige nach dem Muster A dem Vor-
stande des Verbandes einzureichen. Die Anzeige ist
spätestens bei der Uebernahme des Viehes zu erstatten,
auch dann, wenn das Geschäft schon zu einem früheren
Zeitpunkt abgeschlossen worden ist.

Der Verkäufer kann eine Abschrift der Anzeige ver-
langen, eine Abschrift der Anzeige muß der Käufer be-
halten und mindestens ein Jahr lang, vom Tage des
Kaufabschlusses ab gerechnet, aufbewahren.

§ 9.

Die Verbandsmitglieder sind verpflichtet, über alle
für ihre Rechnung im Regierungsbezirk Wiesbaden ge-
tätigten Viehankäufe Buch zu führen. In das Buch, das
mit fortlaufender Seitenzahl versehen sein muß, sind ein-
zutragen sämtliche Angaben über den Kaufabschluß, die
die Anzeige an den Verband enthält, sowie die Angaben
über den Weiterverkauf der Tiere. Die Anlage des Buches
hat nach dem Muster B zu erfolgen. Das Buch ist auf
Verlangen jederzeit dem Vorstands des Verbandes oder
einem von ihm Beauftragten zur Einsicht vorzulegen.

§ 10.

Organe des Verbandes sind:

1. der Vorstand,
2. der Beirat,
3. die Mitgliederversammlung.

§ 11.

Der Vorstand führt die Geschäfte des Verbandes; er
vertritt den Verband gerichtlich und außergerichtlich.

Der Vorstand läßt die näheren Anordnungen zur
Ausführung der im § 2 dem Verbands übertragenen
Aufgaben und Befugnisse, er bedarf hierzu der Genehmi-
gung des Regierungspräsidenten.

§ 12.

Der Vorstand besteht aus einem Vorsitzenden und
sechs Mitgliedern. Für den Vorsitzenden und die Mit-
glieder werden Stellvertreter bestellt.

Den Vorsitzenden und die Mitglieder sowie die Stell-
vertreterernennt auf Widerruf der Regierungspräsident
zu Wiesbaden. Von den Mitgliedern werden drei von
den Handelskammern aus der Zahl der im Regierungs-
bezirk Wiesbaden ansässigen Viehhändler, drei von der
Landwirtschaftskammer vorgeschlagen. Das Gleiche gilt
für die stellvertretenden Mitglieder.

Der Vorsitzende, die Mitglieder und die Stellvertreter
der Mitglieder sind ehrenamtlich tätig. Sie erhalten Ge-
halt ihrer Verrichtungen.

Der Vorstand tritt auf Veranlassung des Vorsitzenden
oder seines Stellvertreters in dem in der Verfassung be-

stimmten Orte zusammen. Er muß binnen zwei Wochen
berufen werden, wenn mindestens drei Mitglieder es
verlangen.

Der Vorstand ist beschlußfähig, wenn außer dem Vor-
sitzenden oder seinem Stellvertreter mindestens zwei Mit-
glieder oder deren Stellvertreter anwesend sind.

Die Beschlüsse werden, soweit nichts besonderes be-
stimmt ist, mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt. Bei
Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden oder
seines Stellvertreters den Ausschlag.

Der Vorstand weist sich aus durch eine Bescheinigung
des Regierungspräsidenten zu Wiesbaden über seine Zu-
sammensetzung.

Erklärungen für den Vorstand sind rechtsverbindlich,
wenn sie von dem Vorsitzenden oder seinem Stellvertreter
und einem ordentlichen oder stellvertretenden Vorstands-
mitgliede abgegeben werden.

Die Beschlüsse des Vorstandes werden in gleicher
Weise beurkundet.

§ 13.

Der Beirat besteht aus zwölf Mitgliedern; hiervon
werden sechs durch die Mitgliederversammlung (§ 14)
jährlich gewählt, drei Mitgliederernennt die Landwirt-
schaftskammer und je ein Mitgliedernennt die Magistrate
der Städte Frankfurt a. M., Wiesbaden und Limburg.

Der Beirat wird vom Vorstands nach Bedarf, min-
destens jedoch einmal in jedem Vierteljahre berufen. Er
ist über die Verwendung eines Ueberschusses und die
Deckung eines Fehlbetrages zu hören (§§ 17 und 20).

§ 14.

Die Mitgliederversammlung wird mindestens einmal
jährlich vom Vorstands berufen. Sie hat aus der Zahl
der Mitglieder sechs Mitglieder für den Beirat jährlich zu
wählen. Ihr ist jährlich ein Jahresbericht und der Ge-
schäftsabschluß vorzulegen.

§ 15.

Das Geschäftsjahr des Verbandes ist das Kalenderjahr.
Das erste Geschäftsjahr umfaßt die Zeit bis zum 31. De-
zember 1916.

§ 16.

Für die Ausstellung der Ausweis-Karten (§ 5) ist an
den Verband eine Gebühr zu zahlen, sie beträgt 50 vom
Hundert der veranlagten Gewerbesteuer bzw. Vanden-
werbesteuer, mindestens aber 10 Mark. Letzteren Satz
haben auch die gewerbesteuerfrei veranlagten Gewerbetrei-
benden zu zahlen. Für jede Nebenkarte wird die Hälfte
der für die Hauptausweis-Karte zu zahlenden Gebühr er-
hoben.

Der Verband ist befugt, von jedem den Bestimmungen
der Satzungen unterliegenden Ankauf von Vieh im Re-
gierungsbezirk Wiesbaden eine Abgabe bis zu einhalb
vom Hundert des Rechnungsbetrages, beim Kommissionshandel
mit Vieh bis zu einhalb vom Hundert des den
Verkäufer zustehenden Rechnungsbetrages, von den Mit-
gliedern des Verbandes zu erheben.

Bestehen Zweifel über die Höhe der Gebühr der Aus-
weis-Karte, so entscheidet der Vorstand.

§ 17.

Der Vorstand hat binnen 6 Monaten nach Beendigung
eines jeden Geschäftsjahres die Jahresrechnung aufzustellen.
Die Prüfung und Abnahme erfolgt durch den Regierungs-
präsidenten in Wiesbaden auf Kosten des Viehhandels-
verbandes.

Ueber die Verwendung eines nach Bestreitung der Ge-
schäftsunkosten vorhandenen Ueberschusses und über die
Deckung eines Fehlbetrages entscheidet der Vorstand nach
Anhörung des Beirats. Der Beschluß bedarf der Zu-
stimmung des Regierungspräsidenten in Wiesbaden.

Fehlbeträge sind von den Verbandsmitgliedern nach
dem Verhältnis ihres letzten Jahresumsatzes einzuziehen.

§ 18.

Zu Änderungen dieser Satzung ist der Regierungs-
präsident zu Wiesbaden nach Anhörung des Vorstandes
des Verbandes befugt.

§ 19.

Die Bekanntmachungen des Vorstandes erfolgen in den
Landkreisen in den amtlichen Kreisblättern des Regierungs-
bezirks, in den Stadtkreisen in den für die Veröffentlichung
amtlicher Bekanntmachungen bestimmten Blättern,
in dem Amtsblatt der Landwirtschaftskammer und in der
Viehhandelszeitung.

§ 20.

Der Verband wird aufgelöst, wenn der Verbandsvor-
stand die Auflösung mit zwei Drittel Stimmenmehrheit
beschließt und der Regierungspräsident zu Wiesbaden dem
Beschlusse zustimmt, ferner mit dem Zeitpunkt, zu dem
die Bekanntmachung des Bundesrats über die Errichtung
von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung
vom 25. September 1915 außer Kraft tritt.

Die Liquidation des Verbandes erfolgt durch den Vorstand. Die Schlussrechnung ist von dem Regierungspräsidenten zu Wiesbaden zu prüfen und abzunehmen. Ueber die Verteilung eines danach sich ergebenden Ueberschusses

unter die Mitglieder des Verbandes oder die Deduktion eines Fehlbetrages beschließt der Verbandsvorstand nach Anhörung des Beirats. Der Beschluß bedarf der Zustimmung des Regierungspräsidenten zu Wiesbaden.

§ 21.
Vorstehende Satzung tritt mit dem 16. Februar 1916 in Kraft.
Wiesbaden, den 8. Februar 1916.
Der Regierungspräsident. v. Me.

Zu I. A. Ie 613 M. f. 2.

Muster A.

Viehhandelsverband.

Anzeige über den Ankauf von Vieh.

Name des Käufers
Name des Verkäufers

Wohnort
Wohnort
Kreis
gezeichnet

Gegenstand des Kaufes:
Vereinbarter Kaufpreis:

Mark für den Zentner (50 kg) Lebengewicht
müchtern gewogen (12 Stunden futterfrei*),
gefüllt gewogen mit v. H. Ge-
wichtsabzug.*)
Mark für das Stück.

Es wird ausdrücklich erklärt, daß der vorstehende Preis
der allein gezahlte ist und keine weiteren Nebenabreden
getroffen sind.

Tag der Abnahme
Bezähltes Gewicht Zentner Pfund
Angabe des Käufers, wohin
das Tier gebracht ist
Unterschrift des Käufers:

*) Nicht zutreffendes ist zu streichen.

Muster B.

Tag des Kauf- abschlusses	Des Verkäufers			Gegenstand des Kaufes		Kenn- zeichen der Tiere	Preis für den Zentner M	Gewicht Pfund	Einkaufs- preis M S	Tag des Weiter- verkaufs	Des Käufers			Preis für den Zent- ner M	Gewicht Pfund	Ver-
	Name	Wohnort	Kreis	Stück	Tier- gattung						Name	Wohnort	Kreis			

Ich ersuche die Herren Bürgermeister ortsüblich auf die vorstehenden Satzungen aufmerksam zu machen.
Montabaur, den 9. Februar 1916.

Der Landrat: Vertuch.

XVIII. Armee-Korps.
Stellvertretendes General-Kommando.
Abt. III b Tgb.-Nr. 2098/490.

Frankfurt a. M., den 2. Februar 1916.

Betr.: Vorbeugende Maßregeln gegen Verwahr-
losung der Jugend.

Verordnung.

Für den mir unterstellten Korpsbezirk und — im
Einkommen mit dem Gouverneur — auch für den Be-
fehlsbereich der Festung Mainz bestimme ich:

1. Jugendlichen beiderlei Geschlechts unter 17 Jahren ist
der Besuch von Wirtschaften, Kaffees, Automaten-
Restaurants und Konditoreien nur in Begleitung
ihrer Eltern oder gesetzlichen Vertreter oder von diesen
mit der Ueberwachung der Jugendlichen betrauten
erwachsenen Personen gestattet. Die Inhaber der
genannten Unternehmungen dürfen den Aufenthalt
von Personen, die nicht zweifellos das 17. Lebens-
jahr vollendet haben und nicht in Begleitung ihrer
Eltern usw. sind, in den Wirtschaften pp. Räumen
nicht dulden.

Einfuhr auf Reisen und Wanderungen fällt nicht
unter das Verbot.

2. Jugendlichen beiderlei Geschlechts unter 17 Jahren
ist der Besuch von Kinos, außer zu polizeilich zu-
gelassenen Jugendvorstellungen verboten. Die Inhaber
dieser Unternehmungen dürfen Jugendliche, die nicht
zweifellos das 17. Lebensjahr vollendet haben,
und nicht in Begleitung ihrer Eltern, gesetzlichen Ver-
treter oder der von diesen mit der Ueberwachung der
Jugendlichen betrauten erwachsenen Personen sind,
den Besuch der Vorstellungen, außer den erwähnten
Jugendvorstellungen, nicht gestatten.

3. Jugendlichen unter 17 Jahren ist das Rauchen an
öffentlichen Orten verboten.
Die entgeltliche und unentgeltliche Abgabe von
Rauchwaren an Personen unter 17 Jahren ist ver-
boten.

4. Personen beiderlei Geschlechts unter 17 Jahren ist der
Aufenthalt auf der Straße und öffentlichen Plätzen in
der Zeit vom 1. Oktober bis 1. März nach 8 Uhr
abends verboten, wenn sie sich nicht in Begleitung
ihrer Eltern oder gesetzlichen Vertreter oder von diesen
mit der Ueberwachung der Jugendlichen betrauten
erwachsenen Personen befinden.

Gänge von der Arbeit nach Hause oder zur Arbeit
fallen nicht unter das Verbot.

5. Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung nach
§ 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom
4. Juni 1851. Inhaber von gewerblichen Unter-
nehmungen der unter Ziffer 1, 2 und 3 genannten
Art haben für den Fall der Zuwiderhandlung außer-
dem die Schließung ihres Betriebes zu gewärtigen.

6. Eine Strafverfolgung gegen Jugendliche, welche das
14. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, findet
nicht statt.

7. Die Strafe trifft auch einen gesetzlichen Vertreter oder
sonstigen Aufsichtspflichtigen, der durch Vernachlässi-
gung seiner Aufsichtspflicht eine Zuwiderhandlung
gegen diese Verordnung gefördert hat.

8. Die Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Ver-
kündung in Kraft.

Der Kommandierende General:

Freiherr von Gall,
General der Infanterie.

Wird veröffentlicht. Die Ortspolizeibehörden,
welche für wiederholte ortsübliche Bekanntmachung obiger
Polizeiverordnung zu sorgen haben, werden ebenso wie die
Gendarmerie des Kreises mit der strengsten
Durchführung der obigen Bestimmungen hiermit beauftragt.
Montabaur, den 10. Februar 1916.

Der Königl. Landrat:
Vertuch.

Polizeiverordnung.

Auf Grund des § 6 der Allerhöchsten Verordnung
über die Polizeiverwaltung in den neu erworbenen Lan-
desteilen vom 20. Septbr. 1867 sowie des § 142 des
Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30.
Juli 1883 wird unter Zustimmung des Kreisausschusses
für die zum Befehlssbereich der Festungskommandantur
Coblenz gehörigen Gemeinden des Unterwesterwaldkreises
folgendes verordnet:

§ 1.

Die Verordnung der Kommandantur Coblenz und
Ehrenbreitstein vom 20. Dez. 1915 Abt. II. J.-Nr. 18357
betr. **Jugendfürsorge**, abgedruckt im Kreisblatt von
1915, Nr. 202, wird dahin erweitert, daß ihre Bestim-
mungen auch Anwendung finden auf **jugendliche Per-
sonen beiderlei Geschlechts, welche das 17. Lebens-
jahr noch nicht vollendet haben.**

§ 2.

Diese Polizeiverordnung tritt mit dem Tage ihrer Ver-
öffentlichung im Kreisblatt für den Unterwesterwaldkreis
in Kraft.

Montabaur, den 10. Februar 1916.

Der Kgl. Landrat: Vertuch.

Die Ortspolizeibehörden von Stromberg,
Grenzau, Grenzhausen, Böhr, Gillscheid, Simmern,
Reinhäusel, Eitelborn, Gadenbach und Arzbach
ersuche ich um wiederholte ortsübliche Bekanntmachung
obiger Polizeiverordnung; zugleich beauftrage ich Sie und
die Gendarmerie mit der strengsten Durchführung der
getroffenen Bestimmungen.

Montabaur, den 10. Februar 1916.

Der Kgl. Landrat: Vertuch.

An die Herren Bürgermeister des Kreises
Betr.: **Bertilgung von schädlichen Vögeln.**

Unter Bezugnahme auf den auf meine Be-
vom 18. Juni v. Js. erstatteten Bericht teile ich
die Kreiskommunalkasse in Montabaur mit An-
versehen worden ist, die von den Gemeindefassen a
weise gezahlten Beträge für Vornahme des W
von schädlichen Vögeln zurückzuerstatten. Für den
von Raben, Eistern, Wildtauben, Eichelhähne,
und Eichelwürmern wird auch weiterhin eine Pr
je 20 Pfennig gewährt. Für die Auszahlung der
gelten die Bestimmungen der Bekanntmachung
10. 5. 15, Kreisblatt Nr. 57. **Für den Absch
Spitzen wird eine Prämie nicht mehr g**
Montabaur, den 8. Februar 1916.

Der Königl. Landrat: Vertuch.

Bekanntmachung.

Betr. **Abgabe von kriegsunbrauchbaren Pa**

Die bisherige Nachfrage nach kriegsunbrau
Pferden überstieg erheblich das geringe Angebot
militärischen Stellen. Der Bedarf konnte des
bei weitem nicht gedeckt werden. Es ist aber ang
daß sich ein großer Teil der Landwirte, die sich
Landwirtschafts-Kammer um kriegsunbrauchbar
bemühen haben, inzwischen anderweitig Zugvieh
Da ferner die Mehrzahl der noch beim Bureau d
wirtschafts-Kammer vorliegenden Bewerbungssch
zur Prüfung auf ihre Dringlichkeit notwendigen
nicht erhalten, werden die bisher unberücksicht
benen Anmeldungen hierdurch für ungültig erklä

Denjenigen Landwirten, welche Zugvieh bring
nötigen, wird hierdurch anheimgestellt, sich zum
von kriegsunbrauchbaren Pferden durch Ausfüll
Fragebogen, die vom Bureau der Landwirtschaft
(Wiesbaden, Rheinstraße 92) oder von den
Landratsämtern zu beziehen sind, anzumelde
gestellten Fragen sind auf das sorgfältigste zu bea
Unvollständig ausgefüllte Fragebogen können
Landwirtschafts-Kammer nicht berücksichtigt wer
in der Regel wegen der Kürze der Zeit Rückfrag
veranstalten kann. Die Richtigkeit der Angaben
melders in dem Fragebogen muß von dem Wirt
amtlich bescheinigt sein. Sämtliche Anmeldunge
nach Möglichkeit in der Reihenfolge ihres Ein
ledigt. Diejenigen Bewerber, welche zu den
losungen zugelassen werden können, erhalten von
wirtschafts-Kammer durch Postkarten Nachricht.
welche Zusicherung, daß alle einlaufenden Bemo
Erfolg haben werden, kann die Landwirtschafts
nicht geben. Wir bitten die Herren Bürgermeister
dringend, uns bei der Vermittlung von Pferden
Landwirte unseres Bezirks nach Kräften zu un
damit die kriegsunbrauchbaren Pferde auch tat
erster Linie in solche Betriebe kommen, in denen
gend gebraucht werden.

Vorstehendes wird veröffentlicht.

Montabaur, den 8. Februar 1916.

Der Landrat: Vertuch.